

1. Ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander und Akzeptanz im Alltag stärken!

1.3 Wie wollen sie von der Bundesebene aus darauf hinwirken, dass in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen eine angemessene Thematisierung unterschiedlicher sexueller Orientierungen, geschlechtlicher Identitäten und Familienformen stattfindet, damit LSBTI* und Kinder aus Regenbogenfamilien die Erfahrung einer frühen Ausgrenzung und Diskriminierung erspart bleibt?

Union



„Die alleinige Zuständigkeit für die Bildungspolitik wurde mit der Föderalismusreform den Ländern übertragen. Auch die Familien- und Sexualerziehung der Länder muss den allgemeinen Bildungszielen der jeweiligen Landesverfassung entsprechen sowie der im Grundgesetz normierten Achtung der persönlichen Würde jedes einzelnen Menschen. Neben der traditionellen Ehe gemäß Artikel 6 Abs. 1 GG ist es heute

Realität, dass nicht-eheliche Partnerschaften, Patchworkfamilien, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und andere individuelle Beziehungsformen gelebt werden können. Für die schulische Sexualerziehung bedeutet dies, dass im Unterricht ein respektvolles und diskriminierungsfreies Verständnis für die Verschiedenheit und Vielfalt der partnerschaftlichen Beziehungen, sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten vermittelt wird.

Um Irritationen, wie zuletzt in der Auseinandersetzung um den Bildungsplan in Baden-Württemberg zu vermeiden, halten wir es jedoch für klug, im Vorfeld der Lehrplanentwicklung möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen einzubinden.“

SPD



„Für die SPD ist Schule ein Ort der Bildung, der Wertevermittlung und der Lernort für lebendige Demokratie. Die größte und beste Investition in Schule sind daher gut qualifizierte und gut bezahlte Lehrkräfte, und das von der Kita über die Schule bis zur Hochschule. Natürlich braucht Schule gutes Lern- und Lehrmaterial, das die Lebensrealität und die Vielfalt von Lebensmodellen altersgerecht abbildet. Schule braucht den Austausch mit außerschulischen

Bildungseinrichtungen, den wir fördern wollen.

Um diese Ziele zu erreichen, bildet die Stärkung unserer Schulen einen Schwerpunkt im Wahlprogramm der SPD. In der Bildungspolitik ist insbesondere die stärkere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen in einer nationalen Bildungsallianz erforderlich, um gemeinsam Ziele zu vereinbaren und Maßnahmen zu ergreifen. Das Kooperationsverbot im Grundgesetz steht aber Bundesinvestitionen in Schulen noch entgegen und muss abgeschafft werden. Zur Wahrheit / Fairness halber soll gesagt sein: wir planen kein Bundesschulamt – Lehr- und Lerninhalte sind Ländersache, das ist gut so und das soll auch so bleiben. Wir wollen jedoch als SPD, dass der Bund in Schulen investieren kann, um zu helfen, ein Schulmodernisierungsprogramm aufzulegen und eine Million zusätzlicher Ganztagschulplätze zu schaffen. Ebenfalls wollen wir die schulische Sozialarbeit stärken und die Kitas gebührenfrei stellen. Weiter Maßnahmen sind die Förderung der kulturellen Bildung, aber auch der MINT-Bildung und der digitalen Bildung in Kita und Schule. All dies sind Schritte, um die Diskriminierung und frühe Ausgrenzung aufgrund von sexueller Orientierung von Kindern und

„Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“
Wahlprüfsteine des LSVD zur Bundestagswahl 2017

Jugendlichen zu unterbinden, denn sie geben sowohl den Lehrerinnen und Lehrern als auch den Schülerinnen und Schülern mehr Zeit und Raum zur Wertevermittlung in Lernorten für eine lebendige Demokratie, die wir als SPD wertschätzen und in unseren Bildungseinrichtungen durch unsere Politik fördern wollen.“

Linke



„Der Bund steht in der grundgesetzlichen Pflicht, die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Bundesländern zu gewährleisten. Ein Flickenteppich der Diskriminierung/Antidiskriminierung ist damit nicht vereinbar. DIE LINKE sieht Handlungsbedarf z.B. bei einem Runden Tisch mit den Schulbuchverlagen, Initiativen der Kultusministerkonferenz, verstärkten Bemühungen des BMFSJ und einem Ausbau der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Insbesondere sollten die bislang gewonnenen Erfahrungen der Länder bei Initiativen der Bildungs- und Aktionspläne zusammengefasst und Best-Practice-Beispiele den Ländern empfohlen werden. Dies ist ebenfalls mit einem Wandel der Verwaltungen zu verknüpfen.“

Grüne



„In einem wirksamen Nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie muss in Zusammenarbeit mit den Ländern der Bereich Bildung einen hohen Stellenwert haben. Schule als ein zentraler Lebensort von Jugendlichen darf kein homo- und transphober Ort sein! Politik, aber auch Zivilgesellschaft, Jugendeinrichtungen wie auch die Schulen selbst müssen dazu beitragen. Schulbücher und andere Schulmedien müssen die Vielfalt der Familien wiedergeben und Lehrpläne um Themen wie die Vielfalt sexueller Identitäten und Lebensweisen, die Geschichte und Menschenrechtsbildung auch in Bezug auf LSBTI erweitert werden. In den grün mitregierten Ländern sind wir dabei es umzusetzen.“

FDP



„Homo- und Transphobie sind noch immer weit verbreitet und stehen in starkem Kontrast zum Liberalismus. Sie sind Grund für Diskriminierung und Gewalt. Wir Freie Demokraten schätzen Vielfalt und wollen mit konkreten Maßnahmen und der Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger Toleranz und Akzeptanz stärken. Aufklärungsarbeit muss aber schon von klein an beginnen und daher Bestandteil des Unterrichts für Schüler*innen und Berufsschüler*innen sein. Schulaufklärungsprojekte sind ehrenamtlich und folgen einer Peer-Group-Education, bei der junge Schwule und Lesben, die ein paar Jahre älter sind als die Schüler*innen, aus ihrem Leben und von ihrem Coming-Out berichten. Solche Projekte sind Ländersache. Auf Bundesebene setzen wir uns aber für die Vernetzung durch die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld sowie die Förderung der Projekte in der beruflichen Bildung ein.“

Die Stiftung Magnus Hirschfeld, welche auf Initiative der Freien Demokraten 2011 ins Leben gerufen wurde, leistet hier einen besonders wichtigen Beitrag. Neben der Vernetzung und Qualitätssicherung von Schulaufklärungsprojekten fördert die Stiftung Forschung zur Verfolgung von Schwulen im Nationalsozialismus und in der frühen Bundesrepublik sowie ein Projekt gegen Homophobie im Fußball. Während der Bundestag die Stiftung 2011 mit mehr als zehn Millionen Euro Stiftungskapital ausgestattet hatte, hat die große Koalition im Haushaltsgesetz 2014 lediglich zwei Millionen Euro bereitgestellt. Für eine umfangreiche Projektförderung reichen die Mittel also bei weitem nicht aus. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine erneut angemessene Ausstattung der Stiftung ein.“

AfD



„Wir unterstützen Erziehung zu liberalen und konservativen Werten: Toleranz, Mitgefühl, Verantwortung sind selbstverständlich. Die Thematisierung der Vielfalt unterschiedlicher sexueller Orientierungen soll aus unserer Sicht kein Tabu sein. Im Schulunterricht sollen Homo- und Transsexualität auf keinen Fall ausgespart werden.“

Aber: Hier gilt nicht ideologisch vorzugehen. Pädagogen sollten Schülern nichts „aufdrängen“, was sie über dieses Thema nicht wissen möchten. Die persönliche Auseinandersetzung der Schüler mit der eigenen Sexualität ist eine zutiefst private Angelegenheit, zu der sie nicht gedrängt werden dürfen. Die Elternrolle wollen wir insgesamt gestärkt sehen. Deshalb lehnen wir die gegenwärtige Form der sogenannten Bildungspläne ab.

Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht, wie sie die sogenannte „Sexualpädagogik der Vielfalt“ praktiziert, stellt einen unzulässigen Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung dar. Dadurch werden Kinder und Jugendliche - oft von schulfremden Personen und meist gegen den Willen ihrer Eltern - in Bezug auf ihre sexuelle Identität verunsichert, überfordert und in ihren Schamgefühlen verletzt.

Die AfD stellt sich allen Versuchen klar entgegen, durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen das bewährte, traditionelle Familienbild zu beseitigen.

Unsere Kinder dürfen nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden. Das ideologische Experiment der Frühsexualisierung ist sofort zu beenden.“

Legende



super



ja



vage



nein



gefährlich